

WÜRZBURG**Volles, halbes und gar kein Wahlrecht**

Nur EU-Ausländer dürfen an die Urne – Unterschriftenkampagne für Ausweitung

(aj) Unter dem Slogan „Demokratie braucht jede Stimme“ hat ein Bündnis aus Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, dem Jugendring und Migrantenorganisationen eine Unterschriftenkampagne zur Ausweitung des kommunalen Wahlrechts gestartet.

Auf Stadt- und Gemeindeebene haben außer Deutschen bisher nur die Bürger der Europäischen Union das aktive und passive Wahlrecht. Jedoch leben in Deutschland 4,45 Millionen Ausländer – sogenannte Drittstaater –, die von diesem demokratischen Recht ausgeschlossen sind. Die Ausländerbeiräte kritisieren, dass diese Mitbürger von der politischen Willensbildung durch Wahlen ausgeschlossen sind, auch wenn Deutschland längst zu ihrer Heimat geworden ist. Von insgesamt 6,75 Millionen Ausländern lebt fast die Hälfte länger als 15 Jahre hier. Das Wahlrecht, so die Forderung, wäre „ein entscheidender Schritt in Richtung achtungsvolles und tolerantes Miteinander und gelungener Integration“.

Mit der Einführung des kommunalen Wahlrechts für EU-Bürger sei ein Dreiklassenwahlrecht mit voll berechtigten Deutschen, kommunalwahlberechtigten EU-Bürgern und wahlrechtslosen Drittstaatern entstanden. Eine Gesellschaft, die einen Teil der Bevölkerung von politischen Entscheidungen ausschließt, entferne sich von ihren demokratischen Grundlagen. „Menschen, die seit Jahren in Deutschland leben und alle möglichen staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen, werden bei Kommunalwahlen zu einer Zuschauerrolle verurteilt“, klagt Antonino Pecoraro, Vorsitzender des Würzburger Ausländerbeirates. In Bayern organisiert die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte (AGABY) die Unterschriftenkampagne (siehe Online-Tipp).

Bewegung beim Wahlrecht gibt es derzeit auch an anderer Stelle, nämlich beim Wahlalter. Ende Oktober hat Bremen als erstes Bundesland die Altersgrenze bei Landtagswahlen auf 16 Jahre herabgesetzt. Gleiches fordert die SPD in Bayern, wie auch ihre Genossen und Grüne in anderen Bundesländern.

MEHR ZUM THEMA

Bürger zweiter Klasse? ▶